

(A)

**Plenarprotokoll 15/141**

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 141. Sitzung

**Berlin, Mittwoch, den 24. November 2004**

...

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Das Wort hat jetzt der Kollege Winfried Nachtwei vom Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

(B)

**Winfried Nachtwei (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute diskutieren und entscheiden wir über die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr. In den letzten Wochen haben wir über die Schließung etlicher Standorte diskutiert sowie über die Wehrform in der Öffentlichkeit gestritten. Heute steht aufgrund aktueller Ereignisse ein Themenkomplex ganz oben auf der Tagesordnung, das für die Bundeswehr sehr zentral ist, aber in der Regel nicht im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht, nämlich die Fragen nach Ausbildung und Klima innerhalb der Bundeswehr sowie nach der Inneren Führung. Sie gestatten, dass ich darauf zuerst eingehe.

Was aus der Ausbildungskompanie eines Instandsetzungsbataillons in **Coesfeld** bekannt wurde, ist in mehrfacher Hinsicht bestürzend: einmal im Hinblick auf die Art der Verstöße, bei denen eindeutig die Grenze von realitätsnaher Ausbildung überschritten und Menschenwürde beeinträchtigt und verletzt wurde, dann im Hinblick auf die Zahl der aktiv Verwickelten und der passiv Verwickelten und schließlich – das ist beunruhigend und auch rätselhaft – im Hinblick auf die Tatsache, dass so viele in der Kompanie und in der Kaserne davon wussten, aber keiner es meldete.

Wir wissen noch nicht genau, woran das liegt, aber es drängen sich bestimmte Erklärungen doch zumindest auf. Offenkundig fehlte es an einem entsprechenden Pflicht- bzw. Unrechtsbewusstsein, an Unterscheidungsvermögen zwischen harter Ausbildung und einer Ausbildung, bei der Menschenrechte verletzt werden. Offenkundig steckte der Wurm in der ganzen Kompanie. Es handelt sich also doch um mehr als um das Fehlverhalten einzelner Personen. Die bruchstückhaften Darstellungen haben Assoziationen an Abu Ghureib geweckt. Das schlug sich ja auch in manchen Überschriften nieder. Dazu müssen wir aber eindeutig klarstellen, dass Parallelisierungen zu den schlimmen Folterexzessen in Abu Ghureib völlig unangebracht und falsch sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In diesen Tagen sind aber auch Stimmen zu hören, die behaupten, diese Misshandlungen in der Ausbildungskompanie seien die Spitze eines Eisbergs in der Bundeswehr und ergäben sich konsequent aus dem **Wandel der Bundeswehr** von einer Abschreckungsarmee hin zu einer Einsatzarmee. In einer Berliner Tageszeitung wurde sogar die Behauptung aufgestellt, die Bundeswehr sei inzwischen für Rambos attraktiver, weil „unter Landesverteidigung auch Angriffskriege verstanden werden“. Auch wenn diese Behauptungen für alle hier anwesenden Außen- und Sicherheitspolitiker abwegig sind,

(Beifall des Abg. Johannes Kahrs [SPD])

möchte ich hier dieses doch noch einmal klarstellen, denn draußen finden solche Positionen manchmal etwas mehr Echo.

Der Auftrag der Bundeswehr ist ganz eindeutig durch das Grundgesetz und das Völkerrecht eingegrenzt. Demnach kann und darf die Bundeswehr neben der Landesverteidigung nur im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit zur Wahrung des Friedens eingesetzt werden. So lauten die Formulierungen im Grundgesetz. Negativ ausgedrückt: Friedensstörungen, insbesondere Vorbereitung von Angriffskriegen, sind verfassungswidrig. Das ist unsere Verfassungsrealität. Sie gilt selbstverständlich für die Bundeswehr.

Für die Teilnahme an multilateraler Krisenbewältigung sind neue Fähigkeiten unabdingbar, die auch über große Distanzen wirksam sind. Damit entsteht unzweifelhaft eine Interventionsfähigkeit. Aber ich sage ausdrücklich: Damit wollen wir die Bundeswehr keineswegs zu einer Interventionsarmee machen. Das ist ein riesiger Unterschied.

(C)

(D)

(A) Für die Bundeswehr gilt kategorisch: Sie wird nur für die Ziele der Vereinten Nationen und nach den Regeln des Völkerrechts eingesetzt. Ich konnte bisher immer davon ausgehen, dass über diesen Rahmen im Deutschen Bundestag eindeutig Konsens besteht. Auch deshalb haben wir uns nicht am Irakkrieg beteiligt; ein anderer Grund waren die absehbaren Folgen. Dies war ein deutlicher Beleg für unsere Haltung.

Die **Vorfälle von Coesfeld** sind weder die Spitze eines Eisbergs – hierauf haben ich und auch die anderen Kollegen bisher keinerlei Hinweise – noch die kausale Konsequenz aus Auslandseinsätzen. Stattdessen gilt: Die neuen Aufgaben, die Friedenseinsätze erfordern ein viel breiteres Spektrum an Fähigkeiten und eine besondere Verhaltenssicherheit der Soldaten sowie militärische, technische und soziale Kompetenz und ein ganz anderes Rechtsbewusstsein in einer Gesellschaft, in der Wertvorstellungen immer mehr ins Rutschen geraten.

Die Notwendigkeit solch umfassender Kompetenzen zeigen negativ der Irakkrieg und positiv die bisher erfolgreichen Auslandseinsätze der Bundeswehr. Aus diesen Gründen, Herr Minister, sind Ihre Bewertungen und Schlussfolgerungen bezüglich der Vorfälle in Coesfeld voll zu unterstützen. Sie haben den Kommandeur des Zentrums Innere Führung beauftragt, diese Dinge genauer zu untersuchen. Damit werden die Vorfälle in den Kontext bisheriger Ausbildung und Innerer Führung gestellt. Dadurch wird ermöglicht, dass über die Kompanie hinaus schnell angemessene Konsequenzen gezogen werden können.

Nun aber endlich doch noch zum Verteidigungshaushalt. Durch die allgemeine Haushaltslage ist der Rahmen eng, aber noch ausreichend. Hervorzuheben sind einige Eckwerte, die für die Zukunftsfähigkeit der Bundeswehr von entscheidender Bedeutung sind: Die Investitionsquote kann zumindest wiederum 1 Prozent angehoben werden. Es ist darauf hingewiesen worden, dass verschiedene vorrangig wichtige Anschaffungen möglich sind und dass im Be-

reich Entwicklung und Erprobung eine vorgesehene erhebliche Reduzierung weitgehend wieder rückgängig gemacht werden konnte. Außerdem können die Betriebsausgaben weiter gesenkt werden, vor allem die **Personalausgaben**. Eine besondere Ironie dabei ist allerdings, dass die Senkung der Personalausgaben vor allem darüber erfolgt, dass die Veranschlagungsstärke für Grundwehrdienstleistende enorm gesenkt wird, nämlich von 62 000 in diesem Jahr auf 38 000 im kommenden Jahr. (C)

Eine Grunderfahrung aus vielen Jahren internationalen Engagements der Bundesrepublik und Friedenseinsätzen der Bundeswehr ist: Sie sind nur mit ausgewogenen Fähigkeiten erfolgversprechend. Deshalb, war es im ureigenen Interesse der Bundeswehr und ihrer Soldaten, ursprünglich beabsichtigte UN-einsatzrelevante Einschnitte in Nachbarressorts, also beim Auswärtigen Amt und bei der Entwicklungszusammenarbeit, nicht nur rückgängig zu machen, sondern auch gewisse, wenn auch begrenzte Aufstockungen zu ermöglichen.

Insgesamt bleibt aber die Einsicht, dass in einer Bundesrepublik, die vermehrt internationale Verantwortung trägt, gegenüber der die Erwartungen der Staatengemeinschaft deutlich zunehmen und die insgesamt vor größeren Anforderungen an internationaler Krisenbewältigung steht, verbesserte Fähigkeiten unabdingbar sind. Deshalb muss ich am Ende deutlich feststellen: Dieses Mehr an verbesserten Fähigkeiten wird mittelfristig nicht ohne ein Mehr an entsprechenden Ressourcen für die Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik insgesamt erreicht. Daran arbeiten wir. (D)

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
und bei der SPD)

...